Nr. 572. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Mittwoch, 6. Dezember 1893.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 6. Dezember. Die Verhandlungen über die Steuervorlagen nehmen nunmehr im Reichstage ihren Anfang. Mit welcher Theilnahme sie im ganzen Reiche verfolgt werden, dafür legt die Fluth von Eingaben Zeugniß ab, die an den Bundesrath, den Reichstag und die einzelnen Abgeordneten gelangt sind, und deren Ende noch nicht abzusehen ist. Denn noch immer tagen Versammlungen und Körperschaften, die die dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwürfe zum Gegenstand von neuen Beschlüssen und Anträgen machen. Aus den Berechnungen des Reichshaushalts, der in diesem Jahre nur wenig Anlaß zu Ausstellungen bot und dessen allgemeine Besprechung doch einen Umfang angenommen hatte, als ob neue Forderungen von beträchtlicher Höhe an das Haus herangetreten wären, weil die Redner aller Parteien immer wieder auf die Steuerpläne abschweiften, hatte sich die Ueberzeugung herausgebildet, daß das große Finanzreformprojekt, das mit der Aufbringung der Kosten der Militärvorlage gleichzeitig angestrebt werden sollte, als aussichtslos anzusehen sei, und daß man sich lediglich auf die Aufbringung der Kosten für die Militärvorlage zu beschränken habe.

Inwieweit diese Annahme richtig ist, werden die nun beginnenden Verhandlungen über die einzelnen Steuerpläne zeigen müssen. Sie werden sich zuerst mit dem neuen Reichsstempelabgabengesetz zu beschäftigen haben. Es ist wohl zu erwarten, daß die Generaldebatte über dieses Gesetz sich aufs neue zu einer Generaldebatte über alle drei Entwürfe mitgestalten wird.

Schwere, verantwortungsvolle Entscheidungen treten an den Reichstag heran. Eine Deckung für die im Juli bewilligte Militärvorlage wird jedenfalls gewährt werden müssen; denn im Lande würde man es sicher nicht verstehen, wenn die Steuerberathungen fruchtlos verlaufen und nun den Einzelstaaten die Sorge aufgebürdet werden sollte, die Mittel zu beschaffen, die im Reiche nicht zu erlangen waren. Auf der anderen Seite werden durch die Steuervorschläge der Regierungen so weitverzweigte Interessen berührt, daß es ruhiger Prüfung bedürfen wird, wie die neuen Lasten, ohne schwere Schädigungen herbeizuführen, vertheilt werden können. Möge ein glücklicher Stern über den Verhandlungen walten.

— Das Zentrum beschloß, den Steuergesetzen gegenüber noch keine bindenden Erklärungen irgend welcher Art abzugeben, sondern den Verlauf der Dinge abzuwarten. Die Konservativen sind für das Stempelabgabengesetz; für die Tabaks- und Weinsteuer sind sie dagegen nur bedingt.

— Ueber die geschäftlichen Dispositionen im Reichstag berichtet die „Nat.-Lib. Korr.": Die Stempelsteuerdebatte wird voraussichtlich noch heute und morgen beanspruchen. Freitag ist katholischer Feiertag, für Sonnabend ist ein Schwerinstag in Aussicht genommen. Montag nächster Woche dürften Gegenstände von geringerer Bedeutung zur Berathung kommen und am Dienstag die zweite Lesung der Handelsverträge beginnen. Mit der dritten Lesung derselben hofft man am Freitag, 15. d. Mts., zu Ende zu kommen und dann die Weihnachtsferien zu beginnen. Die erste Lesung der Tabak- und der Weinsteuer würde also bis nach den Ferien verschoben werden.

— Vom Reichsmarineamt wird demnächst das Panzerschiff 3. Klasse „Preußen" aus der Liste des aktiven schwimmenden Flottenmaterials gestrichen werden und zu den Schiffen für andere Zwecke übertreten. Die „Preußen" wird seit dem Bestehen der Marine das vierte Panzerschiff sein, das zur Ausrangirung kommt; die drei ersten, die durch allerhöchste Kabinetsordre vom 10. Oktober 1892 gestrichen wurden, waren: „Arminius", „Kronprinz" und „Friedrich Karl". Die „Preußen" ist gegenwärtig das älteste Panzerschiff unserer Flotte; sie ist nach dem Typ der alten Panzerthurmschiffe gebaut, hat ein Deplazement von 6770 Tonnen, einen Besatzungsetat von 544 Mann und eine Maschinenstärke von 5400 indizirten Pferdekräften. Das Schwesterschiff der „Preußen", „Friedrich der Große", das nach denselben Plänen gebaut wurde, wird noch im Dienst bleiben. Das Reichsmarineamt hat sich zur Streichung des Schiffes entschlossen, weil dessen Maschinen derart veraltet und leistungsunfähig sind, daß sie dem Schiffe im Geschwaderverbande nicht mehr die nothwendige Manövrirfähigkeit geben. Wenn auch die Geschichte der „Preußen" keine glänzenden Heldenthaten aufzuweisen hat, so blickt das Schiff doch auf eine rege Dienstthätigkeit zurück; besonders in den siebziger und achtziger Jahren gehörte die „Preußen" jeden Sommer zu dem Panzergeschwader, das sich aus den Schiffen „Kronprinz", „Friedrich Karl", „Preußen" und „Friedrich der Große" für die Sommermonate formirte. Auch war die „Preußen" der einzig unverletzte Zeuge bei dem Untergang des „Großen Kurfürsten" im Kanal im Frühjahr 1879. In den letzten Jahren hat sich das Schiff meist in der Reserve in Wilhelmshafen befunden, da eine Heranziehung zum aktiven Dienst nicht thunlich erschien. Ueber die spätere Verwendung des Schiffes verlauten zur Zeit bestimmte Pläne noch nicht, doch läßt sich annehmen, daß es Verwendung als Hafen- und Kasernenschiff finden wird, in welcher Eigenschaft die drei anderen gestrichenen Panzerschiffe in den Listen des schwimmenden Flottenmaterials geführt werden.

** Mit den beiden dem Reichstage nunmehr vorliegenden Abkommen über den Patent-, Muster- und Markenschutz zwischen dem deutschen Reich einerseits und Serbien sowie der Schweiz andererseits wird deutscherseits ein Weg weiter verfolgt, der zur internationalen Regelung dieser Angelegenheit gegenüber Oesterreich-Ungarn und Italien zuerst eingeschlagen wurde. Es ist bekannt, daß eine internationale Union zum Schutze des gewerblichen Eigenthums besteht. Deutschland hat sich derselben nicht angeschlossen und wird es vorläufig auch nicht, weil bei den gegenwärtig in dieser Union bestehenden Abstimmungsverhältnissen die deutschen Interessen auf jeden Fall zu kurz kommen müßten. Bis zum Beginn der Aera der neuen Handelsverträge hatte nun Deutschland seine Beziehungen zu anderen Staaten auf dem Gebiete des Patent-, Muster- und Markenschutzes nebensächlich in den Handelsverträgen selbst geregelt. Dies genügte jedoch nicht und so wurden denn zuerst die Sonderabkommen mit Oesterreich und Italien getroffen, denen nunmehr die mit Serbien und der Schweiz gefolgt sind. Auch auf diesem Wege werden natürlich nicht alle deutschen Wünsche befriedigt werden können. Beispielsweise zeigt das schweizerische Uebereinkommen eine Lücke, welche der deutschen chemischen Industrie äußerst unangenehm sein muß. Das schweizerische Recht beschränkt den Patentschutz auf die durch Modelle darstellbaren Erfindungen; für Neuerungen, welche ein Herstellungsverfahren zum Gegenstande haben, können weder Schweizer Bürger noch Angehörige anderer Staaten den gesetzlichen Schutz erlangen. Es ist nun nicht gelungen, in dem Abkommen diesen den einzelnen Staatsangehörigen der Schweiz versagten Schutz den deutschen Gewerbetreibenden zuzuwenden. Indessen ist die Erleichterung, welche den übrigen Zweigen der Technik in der Nachsuchung und Geltendmachung gewerblicher Schutzrechte gewährt wird, so umfassend, daß diesem Abkommen ebenso wie den übrigen die Zustimmung sicher ist. Ueberhaupt wird Deutschland auf diesem Wege bessere Erfolge als durch einen Anschluß an die Union insofern erzielen, als bei den Verhandlungen mit den einzelnen Staaten die besonderen Verhältnisse, die zwischen Deutschland und diesen bestehen, einer ausgedehnten Berücksichtigung unterzogen werden können.

** Das nunmehr vorliegende Programm des neuen französischen Kabinets entspricht ganz und gar der von uns im Voraus entworfenen Skizze. Gleichwie das Ministerium Kasimir Perier nur durch eine ganz geringfügige Abtönung sich von seinem Vorgänger unterscheidet, so besagt auch dessen in der Kammer verlesene Erklärung im Wesentlichen ganz dasselbe, was seinerzeit Herr Dupuy als Quintessenz ministerieller Weisheit dem Publikum Frankreichs und Europas vortrug. Frankreich wartet der Dinge, die da kommen sollen und um deretwillen es den gesammten wehrfähigen Theil der Bevölkerung zur steten kriegsbereiten Verfügung hält. Im Uebrigen ist der der auswärtigen Politik gewidmete Passus der ministeriellen Erklärung ein bloßes Spiel mit Worten, das Niemanden über den bleibenden Ernst der internationalen Lage hinwegtäuscht. Auf dem Gebiete der inneren Politik werden eine Menge schöner Dinge aufgezählt, die ebenfalls beinahe durchgehends alte Bekannte sind. Die von den republikanischen Ministerien gemachten sozialreformatorischen Anläufe sind bald nicht mehr zu zählen; gemeinsam ist ihnen allen, daß sie sich mit pomphafter Beredtsamkeit öffentlich einführen, um schon nach kurzer Zeit im Sande zu verlaufen. Das Gezänk und die Zwietracht der Parteien überwuchern allen sonstigen Interessen, die des Heeres und der Marine, sowie der Kolonialpolitik ausgenommen. Letztere ist zur Zeit sogar besonders bevorzugt, weil sie eine bequeme Ableitung des überschüssigen Thatendranges gestattet und den Franzosen die ausgiebig benutzte Gelegenheit bietet, sich in anderen Erdtheilen für die nothgedrungene Zurückhaltung zu entschädigen, welche sie sich in Europa einstweilen noch auferlegen müssen. Von den sozialen und wirthschaftlichen Reformgelüsten des Herrn Perier wird man sich daher keine gar zu überschwänglichen Vorstellungen machen dürfen. Die Opposition der rechts- und linksextremen Parteien wird schon dafür sorgen, daß das Kabinet die Neigung zu weitausschauenden innerpolitischen Aktionen im großen Stil bald und gründlich verliert und zum Bewußtsein kommt, daß das Hemd ihm näher sitzt als der Rock. Schon die Art und Weise, wie die äußerste Linke die Verlesung des Programms aufnahm, giebt einen Vorgeschmack der Kämpfe, welche der Regierung harren. Der bürgerliche so gut als der sozialdemokratische Radikalismus hassen das Kabinet, weil dieses die bestehenden Einrichtungen nicht bedingungslos dem Umsturz preisgeben, sondern nach Möglichkeit konserviren will. Auf die Mitwirkung dieser Elemente kann die Regierung also nicht rechnen, und ebensowenig auf die klerikalen und monarchistischen Widersacher der republikanischen Staatsordnung. Alle diese Leute werden blos durch das Andenken an die Russenfreundschaft und aus Furcht, dieselbe zu verscherzen, von dem sofortigen Ansturm wider das Kabinet zurückgehalten. Wenn Kasimir Perier nicht in hohem Maße die Kunst des Diplomatisirens und Hinhaltens versteht, so sieht es um die Stabilität seiner Ministerherrlichkeit übel aus. Denn die Zahl der Portefeuillejäger ist Legion und ihr Bemühen um Erlangung politischen Einflusses wird immer leidenschaftlicher.

— Die „Fleischergesellen-Brüderschaft" nahm gestern nach einem Referat des Schlächtermeisters Wolff einstimmig folgende Resolution an: „Mit Rücksicht darauf, daß die Regulirung der Arbeitszeit im Schlächtergewerbe bereits von den Meistern zur Verhandlung gebracht wird, erklären sich die Mitglieder der Fleischergesellen-Brüderschaft mit den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Bebel in der Versammlung vom 26. v. Mts. in keiner Weise einverstanden."

— Durch Erlaß des Handelsministers vom 17. Mai 1893 waren die Regierungs-Präsidenten zur Berichterstattung über einen vorläufigen Entwurf von Ausnahmestimmungen von dem Gebot der Sonntagsruhe für die der Befriedigung täglicher Bedürfnisse der Bevölkerung dienenden Gewerbe (§ 105e der Gewerbeordnung) aufgefordert worden. Um es den Betheiligten im weitesten Umfange zu ermöglichen, ihre Wünsche bei den Behörden anzubringen, war der Entwurf veröffentlicht und gleichzeitig bekannt gemacht worden, daß die Gewerbegerichte und die Gewerbe-Aufsichtsbeamten schriftlich dargelegte Wünsche der Interessenten entgegennehmen und geeigneten Falls darüber mündlich mit ihnen verhandeln würden. Endlich waren die Gewerbegerichte sämmtlich zur gutachtlichen Aeußerung über den Entwurf aufgefordert worden. Nachdem die Bearbeitung des hierauf eingegangenen Materials im Handels-Ministerium beendet ist, hat der Handels-Minister, wie vor einiger Zeit Vertreter des Photographengewerbes, am 30. November d. J. auch die Vorstandsmitglieder des Verbandes „Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innungen" sowie den Vorsitzenden der „Freien Vereinigung der Barbier-, Friseur- und Perrückenmachergehülfen" hierselbst auf ihren Antrag empfangen, um ihre Wünsche, betreffend Regelung der Sonntagsruhe, entgegen zu nehmen. Die Erschienenen erklärten einstimmig, daß ihr Gewerbe seinen Hauptbetrieb am Sonntag habe, und daß es für sie unbedingt erforderlich sei, ihr Geschäft am Sonntag von früh Morgens an im Sommer bis 2 Uhr, im Winter bis 3 Uhr Nachmittags ununterbrochen ausüben zu dürfen. Die Gehülfen an jedem zweiten oder dritten Sonntag völlig oder auch nur während der Stunden des Hauptgottesdienstes von der Arbeit frei zu lassen, sei für die Barbier- und Friseurgeschäfte, mögen sie mit einem oder mit mehreren Gehülfen betriebene werden, nicht möglich; dagegen stehe nichts im Wege, den Gehülfen statt dessen in jeder Woche einen, nöthigenfalls auch zwei freie Nachmittage zu gewähren. Den größten Werth erklärten die Vertreter der Prinzipale unter Zustimmung des Vertreters der Gehülfen darauf legen zu müssen, daß in ihrem Gewerbe für die Zeit, in der Gehülfen nicht mehr beschäftigt werden dürften, auch den Geschäftsinhabern der Gewerbebetrieb untersagt werde, da andernfalls die Gefahr vorliege, daß die Gehülfen sich möglichst frühzeitig selbstständig machen und mit den älteren mit Gehülfen arbeitenden Prinzipalen in einen die letzteren schwer schädigenden Wettbewerb eintreten würden. Der Handels-Minister wies darauf hin, daß der Geschäftsschluß um 2 oder 3 Uhr Nachmittags nach gegenwärtiger Lage der Gesetzgebung nicht angeordnet werden könne, und erklärte im Uebrigen, daß die vorgebrachten Wünsche, deren theilweise Berechtigung er anerkenne, bei der demnächstigen Feststellung der zu erlassenden Vorschriften einer eingehenden Prüfung unterzogen werden würden.

— Das „B. T." schreibt: Die Abrüstungsfrage ist schon oft für und wider Gegenstand so erschöpfender Debatten geworden, daß man darüber vorläufig nichts Neues sagen kann. Jedenfalls hat der Abrüstungsvorschlag bisher bei den Regierungen nur wenig Anklang gefunden. Ein spanischer Journalist de Marcoartu macht nun einen anderen Vorschlag, der, ohne mit einer Abrüstung gleichbedeutend zu sein, doch die immer unerträglicher werdenden Militärlasten um ein Erkleckliches zu erleichtern verspricht. Man schreibt darüber aus Madrid:

„Einer der unermüdlichsten Kämpfer für die Friedensbewegung ist der spanische Senator, Herr Arthur de Marcoartu, der seit vielen Jahren mit unerschütterlichem Idealismus für die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zur Austragung internationaler Streitigkeiten Propaganda macht. Der Name und die Person des Herrn Marcoartu sind in Oesterreich nicht unbekannt, da er im Jahre 1876 in einer von dem Grafen Wilczek, dem Baron Walterskirchen und dem Herrn Dr. Johann Kopp einberufenen und unter dem Vorsitz des Fürsten Colloredo-Mannsfeld abgehaltenen Versammlung österreichischer Herrenhaus-Mitglieder und Abgeordneten einen Vortrag über die Errichtung eines solchen europäischen Tribunals gehalten hat. Die Versammlung beschloß eine diesem Gedanken zustimmende Resolution, die sich auch für eine möglichst zahlreiche Beschickung des damals angeregten interparlamentarischen Friedenskongresses aussprach. Vor Kurzem hat nun Herr Marcoartu sich an die französische Presse mit einem offenen Schreiben gewendet, in welchem er neuerdings speziell die Franzosen für seine Ideen zu gewinnen sucht. In diesem Schreiben tritt er jedoch nicht mit allgemeinen Worten für die Erhaltung des Friedens und die Errichtung eines Schiedsgerichtes ein, sondern leiht der von ihm verfochtenen Idee eine engere und daher bestimmtere Form, indem er die Franzosen und die mit ihnen verbündeten Russen, sowie alle übrigen Völker Europas zum Abschlusse eines Gottesfriedens von zehnjähriger Dauer auffordert, während dessen die Völker sich von den ungeheuren Lasten, die sie länger als ein Drittel des Jahrhunderts zu tragen hatten, erholen könnten. Zu diesem Behufe wäre eine internationale Konvention abzuschließen, durch welche jeder der europäischen Staaten sich verpflichten würde, sich während der nächsten zehn Jahre, das wäre bis zum Jahre 1904, jeder kriegerischen Handlung gegen einen anderen Staat zu enthalten. Ein europäischer Areopag hätte während dieser Periode alle internationalen Streitfragen zu entscheiden, welche durch diplomatische Unterhandlungen zwischen den betreffenden Staaten nicht geregelt werden können. Das Schreiben schildert die großartigen kulturellen Fortschritte, welche Europa während eines solchen Friedensjahrzehnts machen würde, und bemerkt dann: Die Presse ist allmächtig geworden. Man kann heute sagen: Was die Presse will, will Gott. Wenn die französische Presse einen Gottesfrieden für zehn Jahre verlangt, wird Europa wenigstens für zehn Jahre sich der Ruhe erfreuen."

Wenn wir auch nicht optimistisch genug sind, zu glauben, daß der Vorschlag eines Gottesfriedens auf eine Reihe von Jahren sofort auf allseitige Zustimmung rechnen darf, so ist doch hieraus der Weg gewiesen, auf dem sich die Bestrebungen der Friedensfreunde mit der Zeit einem gedeihlichen Ende entgegenführen lassen werden.

— Noch ist die dritte Lesung des Jesuitenantrages nicht erfolgt und bereits hält man in Rom die Rückkehr des Ordens auf deutschen Boden für gesichert. Durch den Kardinalstaatssekretär Rampolla erfuhr der Papst die Reichstagsabstimmung vom 1. d. Mts. und äußerte als Antwort, daß „die Nationen wieder zu Verstand zu kommen begännen". Kardinal Rampolla hatte die Nachricht telegraphisch von dem „Führer des Zentrums" erhalten, als welcher denn wohl Herr Dr. Lieber anzusehen sein wird; den Dank empfing Herr Lieber dann durch jenen Artikel des vatikanischen Intransigentenblattes „Voce della Verita", in dem er ersucht wurde, seine Gedanken über die russisch-französische Politik das nächste Mal für sich zu behalten. Im Jesuitenorden selbst wird zur Feier der Rückkehr nach Deutschland ein dreitägiger Festgottesdienst für den heiligen Ordensstifter vorbereitet. Die ersten von dem Orden zu errichtenden Kollegien sollen angeblich nach Westfalen und nach Hamburg kommen.

Posen, 4. Dezember. Man erinnert sich, daß der bekannte Erlaß des Grafen Zedlitz, welcher den privaten polnischen Sprachunterricht gestattete, von der polnischen Presse nur als Abschlagszahlung betrachtet wurde. Der Abgeordnete Dr. von Jazdzewski hat öffentlich mitgetheilt, daß ihm vom Reichskanzler gewisse Zusagen für die verständige Politik der polnischen Fraktion gemacht worden seien. Immerhin ist die Einfügung des polnischen Sprachunterrichts in den Lehrplan der Volksschulen von so weittragender Bedeutung, daß die deutschen Kreise nicht ohne Sorge dem Versuche entgegensehen. Zwar wird mir von unterrichteter Seite mitgetheilt, daß der Wortlaut der Verfügung gewiß manche Bedenken der deutschnationalen Kreise beseitigen werde; aber man weiß, daß es von jeher damit begonnen hat, den Polen kleine Zugeständnisse zu machen; in Folge der ungestümen Forderungen der Polen sind sie alsdann erweitert worden. Die Erfolge, welche die Bismarck'sche Politik zweifellos seit dem Jahre 1886 im Osten erreicht hat, sind zum Theil bereits durch die Zugeständnisse der Regierung in Frage gestellt worden. Man sollte niemals vergessen, daß die Polen geschlossen den Deutschen gegenüber treten und ihre nationalen Forderungen mit nachdrücklichster Ausdauer vertreten, während die Deutschen leider uneinig bleiben. Viele sind für den nationalen Gedanken nicht zu gewinnen, weil die Stetigkeit der Regierungspolitik fehlt; der deutsche Mittelstand aber kann und will politisch nicht immer mit offenem Visir auftreten, weil er allzu viel geschäftliche Rücksichten nehmen muß. Deshalb ist es erforderlich, daß die Regierung das Banner des Deutschthums hochhält. Wird der polnische Sprachunterricht erst in den Lehrplan der Volksschalen aufgenommen, so steht zu befürchten, daß die Slawisirung der deutschen Katholiken, die ja jetzt schon unter dem Drucke der Polen seufzen, reißende Fortschritte macht.

Kiel, 4. Dezember. Ueber die in Berlin unter dem Vorsitz des Handelsministers Frhrn. v. Berlepsch abgehaltene Konferenz zur Berathung der Frage über die Bedeutung des Nordostseekanals für die Ostseehäfen gab Oberbürgermeister Fuß in der letzten Sitzung der Stadtkollegien interessante Mittheilungen, die die Ausführungen des „Reichsanzeigers" ergänzen. Darnach erklärte der Handelsminister seine ganze Autorität einzusetzen, damit der Kanaltarif die Höhe von 30 Pfg., die einen lebhaften Verkehr verbürge, nicht überschreite. Ferner äußerte der Minister sein Entgegenkommen bezüglich der wünschenswerthen Anlegung von Freihäfen und Freilägern in den Ostseehäfen. Die Konferenz war davon überzeugt, daß die Ostseehäfen energisch eingreifen müßten, um einerseits den mächtigeren und reicheren Nordseehäfen Hamburg und Bremen die Waage zu halten und andererseits Kopenhagen und den schwedischen Sundhäfen entgegenzuarbeiten, die große Anstrengungen machen, um den Handel an sich zu reißen. Es darf bei diesen Unternehmungen auf die Unterstützung der Staatsregierung gerechnet werden. Wie wir noch bemerken wollen, hat der hiesige Geh. Kommerzienrath Sartori den Konferenzmitgliedern eine sehr beachtenswerthe Denkschrift: „Der Nord-Ostsee-Kanal und die deutschen Seehäfen" unterbreitet; darnach würde der Kanalverkehr im Jahre 1895 annähernd 13 Millionen Tons betragen. Der Kieler Antrag, einen Umschlaghafen für das Ostseegebiet bei Kiel zu errichten, stieß bei den Flensburger und Stettiner Vertretern auf die heftigste Opposition und wurde deshalb von dem Antragsteller zurückgezogen.

München, 5. Dezember. Den „M. N. N." zufolge sind in München bei den Gemeindebevollmächtigtenwahlen 13 Liberale, 5 Zentrumsmänner, 1 Konservativer und 1 Sozialist gewählt worden.

Stuttgart, 5. Dezember. Der König mußte in Folge eines leichten Influenza-Anfalles in den letzten Tagen das Bett hüten; sein Befinden ist jetzt besser. Der König ist wieder auf, doch geht er noch nicht aus.

Stuttgart, 5. Dezember. Nach dem „Staatsanzeiger" sind seit Ende August zu Gunsten von mehr als tausend Personen, die unter dem Drucke der Futter- und Streunoth sich des Forstdiebstahls oder des Forstweidefrevels schuldig gemacht hatten, Gnadenakte ergangen. Diese bestanden zum weitaus größten Theil in völligem Strafnachlaß oder in Niederschlagung des Strafverfahrens. In den schweren Straffällen hat wenigstens eine bedeutende Ermäßigung der Strafe stattgefunden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Dezember. Die Polizei verbot die geplante Massenversammlung, die die deutschnationalen Antisemiten am 20. d. M. anläßlich des Ablaufs des fünfjährigen Verlustes der bürgerlichen Rechte Schönerers veranstalten wollten.

Die „N. Fr. P." meldet aus Petersburg über die österreichisch-russischen Handelsverhandlungen Folgendes: Die Antwort der russischen Regierung auf die Note Oesterreichs geht in den nächsten Tagen ab. Nach derselben ist jedoch ein sofortiger Abschluß noch nicht möglich, sondern die Fortsetzung der Verhandlungen nöthig.

Pest, 5. Dezember. Das fünfundzwanzigjährige Jubiläum des magyarischen Erzherzogs Josef, Oberst-Kommandirender der Honved-Armee, wird von der Presse und den Munizipien begeistert gefeiert.

Schweiz.

Bern, 3. Dezember. Nachdem im deutschen Reichstage der Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes angenommen worden, ist man hier darauf gefaßt, einen solchen Antrag, wahrscheinlich schon in der morgen beginnenden ordentlichen Wintertagung der Bundesversammlung oder aber in der voraussichtlichen außerordentlichen Frühlingstagung einbringen zu sehen — ein Vorgehen das unsern Ultramontanen schon lange am Herzen liegt. Vergeblich hatten sie sich gelegentlich der 1874 erfolgten Revision der Bundesverfassung bemüht, den verhaßten Artikel 51, welcher besagt: „Der Orden der Jesuiten und die ihnen affiliirten Gesellschaften dürften in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden, und es ist ihren Gliedern jede Wirksamkeit in Kirche und Schule untersagt", auszumerzen; er wurde aber damals nach längerer, lebhafter Diskussion beibehalten. Heute wäre die Lage für die Antragsteller in der Bundesversammlung insofern günstiger, als sei 1874 die staatsweltlichen und die konfessionellen Ansichten sich wesentlich geändert haben. Der Antrag auf Beseitigung des erwähnten Verfassungsartikels wurde in erster Linie von den Ultramontanen und ihren Freunden, dann aber auch von den Mitgliedern jener Parteien unterstützt werden, die, sei es auf politischem, sei es auf konfessionellem Gebiete, Ausnahmebestimmungen fürchten und daher prinzipiell bekämpfen. Es wäre daher nicht unmöglich, daß solcher Antrag von der Landesvertretung zum Beschluß erhoben würde. Dann erst käme der Entscheidungskampf! Wie vorauszusehen, würde von den Gegnern der Aufhebung des Jesuitenverbotes sofort die Frage durch das Referendum vor den Entscheid des Volkes gebracht und eine lebhafte Agitation ins Werk gesetzt werden. Es darf nicht übersehen werden, daß, wenn auch das Jesuitenverbot in gebildeten, vorurtheilsfreien Kreisen häufig als veraltet bezeichnet wird, im Volke dem Art. 51 der Bundesverfassung nicht allein eine konfessionelle, sondern noch mehr eine historische Bedeutung beigelegt wird. Jener Artikel erinnert an die Vertreibung der Jesuiten, er ist das Wahrzeichen einer neuen Aera, des Aufbaues des neuen Bundes als Bundesstaat gegenüber dem dank den Umtrieben der Jünger Loyolas, im Sonderbundskriege 1847 in die Brüche gegangenen Staatenbunde. Dem in Aussicht stehenden Antrage auf Aufhebung des Jesuitenverbotes werden die Ultramontanen vielleicht versuchen, durch Androhung einer gegebenenfalls einzuschlagenden Obstruktionspolitik in der Bundesversammlung mehr Hochdruck zu geben. Beim Volke aber verfangen solche kleinliche parlamentarische Kniffe nicht, wie es überhaupt sich nicht einschüchtern läßt. Das Schweizer Volk dürfte, wie 1847, so auch diesmal das Richtige in der Jesuitenfrage finden.

Niederlande.

Haag, 5. Dezember. An Stelle des gegenwärtigen Gesandten in Wien, Mazel, soll der Gesandte in Berlin, Jonkheer van der Hoeven treten. Der gegenwärtige Gesandte in Konstantinopel Jonkheer van Tets von Goudriaan werde nach Berlin versetzt und zum Gesandten in Konstantinopel der gegenwärtige Kabinetschef im Ministerium des Aeußeren Jonkheer van der Staal ernannt werden.

Frankreich.

Paris, 5. Dezember. Dupuy wurde mit 251 Stimmen zum Kammerpräsidenten ernannt, wogegen Brisson mit 213 Stimmen durchfiel.

Paris, 5. Dezember. Der Wahlsieg Dupuy's über Brisson hat die Situation des Ministeriums nicht befestigt, da die Wahl Dupuy's nur durch den Beistand der Rechten zu Stande gekommen ist und beinahe hundert, meistens republikanische Deputirte, sich der Abstimmung enthielten.

Paris, 3. Dezember. Der „Figaro", der — ein Zeichen der Zeit! — überhaupt unter den Pariser Blättern eine immer bedeutsamere Rolle spielt, bringt auch über Kasimir Perier einen interessanten Artikel. Es wird darin u. A. Thiers das Verdienst zugeschrieben, für die Republik dadurch gewirkt zu haben, daß er ihr unter der orleanistischen Monarchie bedeutsame Namen zuführte. „Die Wandlung der Kasimir Perier, der Remusat, der Montalivet, welche die Schutzwälle der konstitutionellen Monarchie zu sein schienen, übte mithin einen bedeutenden Einfluß auf die Zunahme der republikanischen Idee, und trug mehr zu ihrem endgültigen Siege bei, als alle Einrichtungen, auf welche unsere heutigen Machthaber stolz sind." Der übrigens noch sehr jugendliche Kasimir Perier, der Neffe des Herzogs von Audiffret-Pasquier, war entschieden gegen die Ausweisung des Grafen von Paris, und wenn er seitdem auch ins republikanische Fahrwasser gerathen ist, so traut man ihm auf radikaler Seite doch nicht recht. Jedenfalls sind ihm die Monarchisten und selbst die Partei der „Debats" hold, welche nur eins bedauern: daß er sich nach links hin „konzentriren" will, wiewohl sein Ministerium doch eher ein homogenes, als ein Ministerium der Konzentration ist. Der „Figaro", der schon neulich das Mundstück Carnots war, macht sich nun auch zu dem des neuen Konseil-Präsidenten und scheint allen Ernstes die Absicht zu haben, sich dem „Temps" zu substituiren, der vielen Lesern zu ernst und langweilig ist und überhaupt nicht auf — der Höhe der Situation stehen soll. Das Blatt hat für alle neuen Minister ein liebenswürdiges Wort, es nimmt den vielangegriffenen Vertreter der großen Eisenbahngesellschaften, den Juden Raynal gegen den Schutzzöllner Meline, Burdeau, den „Schützling Rothschilds", gegen seinen Angreifer in Schutz und dürfte auch Clemenceau's Urtheil zu widerlegen suchen, wonach allein der Papst aus der jüngsten Ministerkrise als Sieger hervorgegangen sei. So erklärt es sich, daß der „Soleil", der noch immer die Sache des Grafen von Paris vertritt, gegen den ralliirten „Figaro" eine gereizte Sprache führt und dies Blatt als das „offiziöse des Elysee" bezeichnet, andererseits über dessen indiskrete und zugleich phantastische Wiedergabe dessen spottend, was seiner Zeit zwischen der Prinzessin Helene von Orleans und dem Papst verhandelt worden ist, der ihr die Heirath mit dem englischen Thronerben verbot, weil dieser nicht katholisch sei. Wie könne der „Figaro" wissen, was die beiden gesprochen hätten, und wie könne er, lediglich zu Reklamezwecken, seiner Phantasie so freien Lauf lassen!

Der schon erwähnte Zwischenfall Rochefort-Constans-Marinoni entwickelt sich in skandalversprechender Weise. Rochefort will von Marinoni, dem Herausgeber des vielgelesensten, aber sicher nicht saubersten französischen Blattes „Petit Journal" gehört haben, daß Constans zum Morde einer ihm mißliebigen oder gefährlichen Person aufgereizt, daß der Präsident der Republik, Carnot, davon Kenntniß gehabt und aus seiner Verachtung von Constans kein Hehl gemacht habe. Marinoni leugnet jedes Rochefort'sche Wort, was die Herren in einer nicht mehr ungewöhnlichen Weise, d. h. in einer längeren Zeitungsfehde, unter sich ausmachen mögen. — Aber interessanter ist es, daß Constans sich nun selbst zu vertheidigen beginnt, daß er hervorhebt, Carnot habe ihn wiederholt seiner Sympathien versichern lassen. Was wird dieser dazu sagen? und wenn er es zugiebt, wird es sein Prestige nicht noch mehr mindern?

Italien.

Rom, 5. Dezember. Der „Tribuna" zufolge soll in der Deputirtenkammer ein Antrag zur zeitweisen Suspendirung des Gesetzes betreffend die Emissionsbanken eingebracht werden.

Rom, 5. Dezember. Guicciardini hat das Portefeuille der Finanzen abgelehnt. Wie die Abendblätter melden, würde Bacchelli außer dem Portefeuille des Schatzes noch das der Finanzen interimistisch übernehmen. Zanardelli wird heute Abend mit dem Könige eine Unterredung haben.

Rom, 5. Dezember. Der „Osservatore Romano" bringt höchst mysteriöse Informationen gleichzeitig aus London und aus Konstantinopel über geheime Verhandlungen Rußlands mit der Pforte wegen freier Durchfahrt der russischen Flotte durch die Dardanellen im Kriegsfalle. Die Meldung des genannten Blattes aus Konstantinopel spricht sogar von einer ernsten und anhaltenden Pression Rußlands, in jenem Falle die Neutralität der Türkei sicherzustellen.

Im Monat November ergaben die Staatszölle etwa 2 Millionen Lire weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Rom, 5. Dezember. Die Verzögerung der Ankündigung des Kabinets wird den vergeblichen Bemühungen, einen Finanzminister zu finden, zugeschrieben. Guicciardini hat diesen Posten gleichfalls abgelehnt, so daß eine vorläufige Uebernahme

dieses Postens seitens Bacchellis unvermeidlich erscheint. Auch dies verstärkt die ungünstige Meinung von dem neuen Kabinet, dem schon Spott und Hohn in reichem Maße zu Theil wird. „Fanfulla" sagt: „Ein Interimskabinet ist durchaus zeitgemäß, da das ganze nationale Leben interimistisch geworden ist." Auch „Opinione" ist ohne jedes Vertrauen; selbst die „Riforma" folgt nur zagend den Anstrengungen Zanardellis, dessen Aufgabe ihr Riesenkräfte zu erfordern scheint. „Italie" schreibt: „Vertrauen ist nicht vorhanden, das Ministerium wird höchstens wohlwollendem Abwarten begegnen." Laut „Fanfulla" haben San Marzano und Racchia sich gegen jedwede Herabsetzung des Kriegsetats und des Marineetats ausgesprochen, letzterer sogar einige Millionen mehr für Materialerhaltung und Schiffsbauten für nöthig erklärt.

Spanien und Portugal.

Madrid, 5. Dezember. Wie der „Heraldo" meldet, ist der Oberbefehlshaber des Ingenieurkorps, Canizares, in einer vertraulichen Mission nach Tanger zu dem Sultan von Marokko abgereist und hat Befehl erhalten, sich sofort zu dem Sultan zu begeben.

Großbritannien und Irland.

In diesen Zeiten der Aufregung, Spannung, Verirrung und Verwirrung ist es wirklich erholend, einen Mann zu finden, der absolut von allem Zweifel frei ist und sein Urtheil mit geradezu kindlicher Vertrauensseligkeit zum Besten giebt, trotzdem dasselbe nicht eben im Einklang steht mit der Meinung der übrigen zivilisirten Welt. Doch das ist eine ganz beiläufige Einzelheit, die den hohen Geist des Mannes durchaus nicht zu stören scheint, obwohl das bischen übrige Welt zu der Ueberzeugung gelangen mag, daß er dennoch gestört ist. Ich will nicht versäumen, den Namen und die einzig dastehende Ansicht dieses Mannes dem Leser zu eröffnen.

William O'Connor Morris heißt der Mann und Moltke ist sein Thema, das er in einem eben erschienenen Buche unter dem Titel „Biographische und kritische Studien Moltkes" behandelt oder vielmehr mißhandelt hat. Aus dem Buche geht nicht hervor, auch habe ich sonst nicht in Erfahrung bringen können, wie dieser Zivilist eigentlich dazu kommt, sich mit militärischen Dingen zu befassen, und fernerhin, auf welche besonders erworbenen Kenntnisse oder Erfahrungen er sich dabei stützen kann. Alles was über ihn bekannt ist, beschränkt sich darauf, daß er auch über Blücher und Wellington geschrieben hat und dabei die Waterloo-„Kampagne" einer sehr abfälligen Kritik unterzog. Unter den Umständen werde ich mir eine eingehende Schilderung der Kritik „Morris über Moltke" erlassen, möchte dem Leser aber doch einige besonders ergötzliche Beispiele der „scharfsinnigen" Kritik und Logik des rc. Morris zum Besten geben: Morris erachtet den Marsch auf Paris unmittelbar nach dem Siege von Sedan für einen großen strategischen Fehler; er giebt aber zu, daß „alle Chancen dabei den Marsch begünstigten", und daß Moltkes Strategie, mit dem Maßstab des Erfolges gemessen, allerdings gerechtfertigt war. Leider versäumt der rc. Morris zu erläutern, worin seiner Meinung nach dann der große Fehler bestand. Neben dem Studium der höheren Strategie hat Morris offenbar die bekanntesten Thatsachen vergessen und sündigt in seiner Darstellung in einer Weise, die einem Kadetten zur Schande und Strafe gereichen würde.

Als einen „ganz erstaunlichen Fehler" bezeichnet er die angebliche Thatsache, daß Moltke es am Abend vor Königgrätz wagte, die wichtige Ordre an den Kronprinzen einem einzigen Adjutanten anzuvertrauen. Jeder Leser der „Kreuz-Zeitung" wird wissen, daß thatsächlich zwei Adjutanten auf verschiedenen Wegen zum Kronprinzen geschickt wurden. Morris hat fernerhin die Dreistigkeit, zu behaupten, daß Preußen den Krieg 1870—71 provozirt hätte, daß Alvensleben nach der Schlacht von Mars-la-Tour zum Rückzug genöthigt war und daß die „Schwadronen unter Bredow nur den im Anmarsch begriffenen Feind attackirt hätten". Mit Zahlen nimmt es der Verfasser ebenso wenig genau wie mit Thatsachen. So schätzt er die Armee an der Meuse auf 80 bis 100 000, während er doch die genaue Stärke, 86 247 Mann, jedem Werke über den Krieg hätte entnehmen können. Im Uebrigen zieht er es vor, sich auf französische Angaben, vornehmlich auf die des General Chancy, zu berufen, trotzdem die englischen Militärbehörden das deutsche Generalstabswerk als allein maßgebend gelten lassen.

Doch genug, das ganze Werk erinnert unwillkürlich an das Hündlein, das den Mond anbellte. (Kreuz-Ztg.)

London, 5. Dezember. Unterhaus. Der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Grey, erklärte, die portugiesische Regierung habe einen Schiedsspruch betreffend die Manica-Grenze vorgeschlagen. Dieser Vorschlag sei jedoch von England nicht angenommen worden, weil dasselbe die von der englischen Grenzkommission festgesetzte Linie als übereinstimmend mit dem Vertrage von 1891 erachtet. Die Unterhandlungen dauerten noch fort.

Der Präsident des Handelsamts, Mundella, wies darauf hin, daß die gesammte Kohlenausfuhr vom August bis inkl. November 1893, also während des Grubenarbeiterausstandes, 12 087 000 Tonnen gegen 14 397 000 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen habe, somit eine Verminderung der Ausfuhr um 2 310 000 Tonnen eingetreten sei.

London, 5. Dezember. Ein Gerichtsvollzieher entdeckte heute bei einer Pfändung von Möbeln in der in Parlamenthill gelegenen Wohnung des Schuldners Namens Schneider einen ledernen Beutel. Beim Oeffnen fand sich darin eine Zinnkiste, welche 24 Pfund Dynamit enthielt. Dieselbe war mit Zeitzünder versehen und fertig für Attentatszwecke. Schneider kam vor kurzer Zeit aus Amerika; nähere Personalien sind bisher nicht bekannt. Derselbe wird eifrig gesucht.

London, 5. Dezember. Die gemeldete Entdeckung von Dynamit erfolgte nicht in der Chancery Lane, sondern in der nördlichen Vorstadt Hampstead. Der Gerichtsbeamte fand in der Wohnung zuerst zahlreiche Flaschen, welche nach dem Zentral-Polizeibüreau gebracht wurden. Nach Angabe der Polizeibeamten erhielten die Flaschen Nitroglycerin. Dann wurde die Kiste mit Dynamit aufgefunden und ebenfalls nach der Polizei gebracht. Der Miether des Zimmers, Schneider, ist angeblich ein Holländer. Man mißt der Entdeckung Wichtigkeit bei.

In South Tambeth stürzten vier Häuser ein, ohne Jemand zu verletzen. Die Häuser standen seit fünfzig Jahren.

Der „Bradford Observer" meldet, der Schatzkanzler bereite das Projekt einer progressiven Einkommensteuer vor, vorläufig nur in einer Höhe, die zur Deckung des Defizits des künftigen Jahres ausreiche.

London, 5. Dezember. Wie verlautet, beschloß die britische Regierung eine ansehnliche Vermehrung der Kriegsflotte; die Kosten sollen durch Ausgabe neuer Konsols bestritten werden.

Dem „Daily Telegraph" zufolge ist ein Geheimbund in Klein-Rußland entdeckt, der bezweckte, die ruthenischen Provinzen vom Russenreiche zu trennen. Der Hauptsitz des Geheimbundes war Charkow, die meisten Verhaftungen fanden jedoch in Kiew statt.

Amerika.

Mexiko. Vor einiger Zeit kam eine Drahtmeldung über einen in Mexiko ausgebrochenen theilweisen Aufstand. Seither schwiegen alle Nachrichten, bis uns heute die Newyorker Zeitungen zugehen, in denen sich einige Mittheilungen vorfinden. So heißt es in der „Newyorker Handelszeitung" vom 25. November: „Die Revolutionäre haben von Neuem im Grenzstaate Chihuahua die Fahne des Aufruhrs erhoben. Sie sind reichlich mit Geld und Waffen versehen, und man befürchtet, daß der Aufstand sich über weite Gebiete verbreiten und schwer zu unterdrücken sein wird. Der Präsident Diaz hat den Befehlshabern der Regierungstruppen die Weisung ertheilt, die Rebellen an der Grenze ohne Erbarmen auszurotten. Jeder Aufrührer, der gefangen genommen wird, soll ohne Weiteres standrechtlich erschossen werden." Im „Milwaukee Her." finden wir nachstehende Drahtmeldung aus El Paso, Texas, 19. November: „Längs der beiden Ufer des Rio Grande wurden heute Zirkulare, welche die Unterschrift des Chefs der Nordarmee Santa Perez tragen und die zum Eintritt in das Rebellenheer auffordern, in großer Menge vertheilt. Der General hat es auf die arbeitslosen Schaaren, die aus Kalifornien kommen, abgesehen; er verspricht ihnen 2,50 Dollars als Sold pro Tag, wenn sie mit einem Gewehr und 100 Patronen bei einem seiner Unterbefehlshaber zur Theilnahme an dem Aufstand der Nordstaaten sich melden."

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 6. Dezember. Zu den gesundesten und dabei unterhaltendsten Beschäftigungen gehören unstreitig die Leibesübungen, wie solche in den Turnvereinen gepflegt werden, und wollen wir nicht unterlassen, unsere Leser auch an dieser Stelle auf die günstigen Bedingungen hinzuweisen, unter denen der Stettiner Turnverein Mitglieder aus allen Ständen, welche das 18. Jahr erreicht haben, aufnimmt. Den Mitgliedern wird bei mäßigem Beitrag Dienstags und Freitags schon von 7½ Uhr ab Gelegenheit zum Turnen unter zuverlässiger Anleitung gewährt, außerdem besteht eine Jugend-Abtheilung für Zöglinge unter 18 Jahren, für welche das Turngeld vierteljährlich nur 60 Pf. beträgt. Für die Mitglieder des Vereins steht zur unentgeltlichen Benutzung eine umfangreiche Bücherei zu turnerischer und allgemeiner Belehrung. Im Vereine bestehen eine Reisesparkasse, eine Gesangsabtheilung und zeitweise Jugendspiele und Fechtübungen.

— Daß Hunde in Bahnhofs-Wartesäle nicht mitgenommen werden dürfen, ohne daß für dieselben ein Billet gelöst ist, dürfte dem Publikum wohl wenig bekannt sein. Dieser Tage hat wegen solcher Uebertretung eine Verurtheilung stattgefunden. Die Eisenbahnbau- und Betriebsinspektion Berlin hatte gegen einen Fuhrmann M. aus Bernau eine Strafverfügung in Höhe von 3 Mark event. einem Tage Haft erlassen, weil er seinen Hofhund in den Wartesaal 3. Klasse des dortigen Bahnhofsgebäudes mitgenommen hatte, ohne für ihn eine Fahrkarte gelöst zu haben. Hiergegen hat der Beschuldigte Widerspruch erhoben, jedoch ohne Erfolg, denn das Bernauer Schöffengericht erkannte ebenfalls auf die angeführte strafrechtliche Sühne.

* Bei der königl. Polizeidirektion gehen neuerdings mehrfach Gesuche ein, am 24. und 31. Dezember die Verkaufszeit bis 10 Uhr Abends freizugeben. Wie uns mitgetheilt wird, dürfte der Herr Polizeipräsident zwar einer derartigen Erleichterung nicht unfreundlich gegenüberstehen, doch kann eine derartige Verfügung nur von der Regierung erlassen werden.

* Das Ergebniß der am 1. Dezember stattgehabten Viehzählung liegt für Stettin in folgenden Zahlen vor: es wurden gezählt 1141 Schweine, 42 Stück Rindvieh bis zu 2 Jahren, 469 Stück Rindvieh über 2 Jahren und unter letzteren 462 Kühe.

* Der auf der Oberwiek wohnhafte Dachdecker Schönebeck wurde gestern unter dem Verdacht der Brandstiftung und des Mordversuchs verhaftet.

* Eine in Grünhof wohnhafte Schiffskapitänsfrau, deren Mann sich gegenwärtig auf Reisen befindet, wurde gestern Nachmittag in ihrer Wohnung todt aufgefunden, nachdem sie sich schon zwei Tage vorher nicht gezeigt hatte. Aeußere Anzeichen lassen den Schluß zu, daß der Tod in Folge von Alkoholvergiftung eingetreten sei.

* In der Elisabethstraße warfen sich gestern Mittag einige Knaben mit Schneebällen. Ein an dieser harmlosen Balgerei unbetheiligter, etwa zehnjähriger Knabe erhielt ebenfalls einen Wurf, worauf er sofort ein Messer zog und einem der andern Knaben einen Stich in den rechten Oberarm beibrachte. Ein Arzt verband den Verletzten und ordnete die Ueberführung desselben in das Krankenhaus an. Leider gelang es nicht, des jugendlichen Messerhelden habhaft zu werden.

* Vom Flur des Hauses Große Lastadie 100 wurde vor einigen Tagen ein Sack mit 1½ Ztr. Kartoffeln gestohlen. Ferner wurden drei Fässer, deren eines mit dem Zeichen ALLK 8971 versehen ist, als muthmaßlich gestohlen angehalten. Nähere Auskunft ist im Kriminal-Kommissariat, Gr. Wollweberstraße 60—61, 3 Treppen, zu erhalten.

* Gestern früh gegen 6 Uhr rückte die Feuerwehr nach dem Hause Große Lastadie 66 aus, woselbst in einem unter der Treppe befindlichen, vom Droguisten Wagner benutzten Verschlage Stroh und Chemikalien in Brand gerathen waren. Das Feuer wurde ohne große Mühe gelöscht. Im Laufe des heutigen Vormittags fanden mehrfach Probefahrten mit verschiedenen Geräthen statt, da einige Kutscher neu eingestellt werden sollen.

* Zur Erleichterung der winterlichen Straßenreinigung traf vorgestern ein Schneepflug hier ein, der im Feuerwehrdepot untergebracht wurde. Eine gestern in der Falkenwalderstraße mit dem neuen Geräth vorgenommene Probe fiel zufriedenstellend aus und wird eine fleißige Benutzung desselben hoffentlich dazu beitragen, die anläßlich des letzten Schneefalles wieder laut gewordenen Klagen über unzulängliche Straßenreinigung in Zukunft mehr und mehr verstummen zu lassen.

Aus den Provinzen.

Stargard, 5. Dezember. Ueber das Vermögen des Kaufmanns J. Th. Jaenke hierselbst ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist Kaufmann Piaschewsky. Anmeldefrist: 8. Januar 1894.

Stadt-Theater.

Wenn die Direktion unseres Stadttheaters es nicht verabsäumt, beachtenswerthe Opernkompositionen neuerer Zeit in gebührender Weise zu berücksichtigen, so ist es nicht minder anerkennenswerth, wenn dieselbe auch bestrebt ist, die Bekanntschaft beliebter alter Tonschöpfungen von neuem zu vermitteln. Letzteres geschah gestern durch die Aufführung der komischen Oper „Der Doktor und Apotheker". Der Komponist derselben, Karl Ditters von Dittersdorf (1739—1799), that unter den dreißig Opern, die er schrieb, mit diesem seinem Tonwerk den glücklichsten Wurf. Bereits vor Mozart's „Don Juan" entstanden, gelangte „Der Doktor und Apotheker" bereits 1786 in Wien zur erstmaligen Aufführung und fand in seiner charakteristischen Gestaltung und bei der Frische der musikalischen Ausdrucksweise, die das Ganze belebt, bald weite Verbreitung. Auch die gestrige Aufführung, die in jeder Hinsicht auf das sorgfältigste vorbereitet war, konnte nicht verfehlen, das Interesse der Zuhörer für sich in Anspruch zu nehmen. Wenngleich Manches in der Musik sowie die zum Theil etwas derbe Komik in der sonst humorvollen Handlung dem heutigen Geschmack nicht mehr ganz zusagen mögen, so bietet doch andererseits das Ganze so viel Momente von besonderem Reiz, daß man an der Aufführung seine Freude haben kann. Die Darstellung geschah meist mit gutem Erfolg. Herr Toller (Apotheker) und dessen herrschsüchtige Frau Claudia (Fräulein Raddatz) leisteten sowohl hinsichtlich ihres Gesanges, als auch in ihrem Spiel Anerkennenswerthes; nicht minder wußte Herr Kromer das Komische seiner Rolle als heirathslustiger, invalider Hauptmann gut zu gestalten. Auch die Damen Fräuleins Springborg und Hardegen, sowie die Herren Wolff, Kovatsch und Schröder, von denen letzterer an einer starken Indisposition zu leiden schien, trugen an ihrem Theil zum Gelingen des Ganzen wesentlich bei. Herr Kapellmeister Seidel waltete seines Amtes mit Umsicht und die Kapelle wußte den Intentionen ihres geschätzten Leiters mit Präzision nachzukommen. — —

Kunst und Literatur.

Otto Roquette, Siebzig Jahre. Geschichte meines Lebens. 2 Bände. Darmstadt bei Arn. Bergsträßer. Geb. 10 Mark. Der Verfasser hat in seinem Leben reiche Beziehungen zu Dichtern und Gelehrten aller Art gehabt und weiß sehr lebendig und charakteristisch zu schildern. Zugleich hat er das Glück gehabt, sehr oft die Scene seines Lebens zu wechseln. Das Buch bietet daher reiche Lebensbilder, in denen Ernst und Komik mannigfach wechseln und liest sich höchst angenehm und vielfach anregend. [297]

Im Reiche des Geistes. Illustrirte Geschichte der Wissenschaften, anschaulich dargestellt von K. Faulmann, k. k. Professor. Mit 13 Tafeln, 30 Beilagen und 200 Textabbildungen. (Wien, A. Hartleben's Verlag.) In 30 Lieferungen à 50 Pf. Die uns heute vorliegenden Hefte 16—20 enthalten die Sprachwissenschaft, die Naturwissenschaften, die Geographie, Astronomie, Geschichte, Kriegswissenschaft, Theologie und die philosophischen Systeme des achtzehnten Jahrhunderts. Der Verfasser versteht es, durch kurze übersichtliche Darstellung alle wissenschaftlichen Fragen klar und verständlich darzulegen, naturgetreue Abbildungen aus den besten Werken machen die Darstellung anschaulich. Man liest das Buch mit Vergnügen. [273]

Verzeichniß sämmtlicher Städte und Ortschaften Mecklenburgs. Güstrow bei Opitz u. Co. Bei jedem Gute steht das Amt, die Gutsherrschaft, Pächter und Schulze, Landgerichts-, Amtsgerichts- und Standesamts-Bezirk und Poststation. Schade, daß wir für Pommern eines solchen Buches entbehren. [284]

Die in Stuttgart bei J. G. Cotta's Nachf. erschienene Wochenschrift: **Die Romanwelt.** Jedes Heft von 32 Seiten Folio nur 25 Pf., verdient weite Verbreitung. Der Inhalt ist wirklich gediegen. [263]

Vermischte Nachrichten.

— Von einem geräucherten Diebe wird aus Kosnehnen in Ostpreußen berichtet: In der Nacht hörte der Besitzer T. plötzlich Hülferufe, von denen er sich nicht klar werden konnte, woher sie kamen. Er weckte seine beiden erwachsenen Söhne, um den nach Hülfe Rufenden ausfindig zu machen. Eben waren die drei Männer in den Hausflur getreten, als die Hülferufe wiederum ertönten, und zwar aus dem — Schornstein der gegenüberliegenden Sommerküche. Als man nun hier emporleuchtete, gewahrte man auf einem der Querbalken, welche zum Aufhängen des zum Räuchern bestimmten Fleisches dienen, einen Menschen sitzen, welcher, in Torfrauch gehüllt, um Rettung bat. Es mußte nun, nachdem man sofort erkannte, daß man es mit einem Diebe zu thun hatte, eine Leiter in den Schornstein gestellt werden, auf welcher der gründlich ausgeräucherte Mensch in einem unbeschreiblichen Zustande herniederstieg. Er erzählte, daß er mit noch zwei Komplizen das Fleisch habe stehlen wollen, vermittelst der Dachleiter an den Schornstein gelangt sei und mittelst einer Leine sich in denselben hinabgelassen habe. Letztere mußte aber nicht genügend befestigt gewesen sein, denn kaum hätte er den Balken erreicht, als die Leine sich losgelöst hätte und herabgefallen sei. Seine beide Komplizen hätten, als sie seine Lage gewahrten, nichts mehr von sich hören lassen, und sind wohl davongelaufen. An Rettung sei nicht zu denken gewesen, da er einen Sprung in die qualmende Tiefe nicht gewagt. Da der Besitzer T. selbst Amtsvorsteher ist, so wurde der Dieb sofort, und am anderen Tage auch seine beiden Helfershelfer verhaftet.

— Bei der gestern fortgesetzten Ziehung der Rothen Kreuz-Lotterie fiel ein Gewinn von 50 000 Mark auf Nr. 314 254, ein solcher von 25 000 Mark auf Nr. 177 128.

— Eine Abschrift der in dem Archiv von Mittenwalde aufgefundenen Schuldverschreibung, laut welcher Kurfürst Joachim siebenhundert Gulden von der Stadt geliehen, ist nunmehr an das königliche Hausministerium gesandt worden. Falls der Kaiser die Schuld seines Urahnen anerkennt, hätte er einschließlich der Zinsen von vier Jahren die Summe von 1562 Mark 40 Pf. zu zahlen. — Bezüglich der Schuldurkunde Berlins erfahren wir noch, daß der Magistrat die Absicht hat, die Forderung als unbegründet zurückzuweisen, dagegen die Urkunde als historisches Dokument anzukaufen und dem märkischen Museum einzuverleiben. Ein entsprechender Antrag soll der Stadtverordneten-Versammlung demnächst vorgelegt werden.

— Der Cafétier M. Bauer, Besitzer des bekannten Berliner Café's Bauer, ist in Konkurs gerathen. Er liegt krank in Steiermark darnieder. Hauptinteressenten sind die Weinhändler Gebrüder Stein in Düsseldorf, die das Berliner Café in ihren Besitz zu bringen wünschen.

Hamburg, 4. Dezember. Eine unheimliche Ladung hat der Dampfer „Borussia" kürzlich von Laguayra hier gelandet. Dieselbe bestand aus 21 500 Gewehren, von denen ein großer Theil geladen ist und im hiesigen Hafen schon mancherlei Unheil angerichtet hat. In dieser Sache ist folgendes Nähere bekannt geworden. Die große Waffenfirma Aug. Schriever u. Co. in Lüttich befrachtete in Laguayra das genannte der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt A.-G. gehörige Dampfschiff mit 21 500 Gewehren, welche zunächst in Hamburg lagern sollten. Während der Reise stellte sich heraus, daß viele der Gewehre geladen waren, weil fortwährend scharfe Schüsse sich entluden. Dem hiesigen Stahlwaaren- und Waffenfabrikanten Weber wurden die Gewehre zur Entladung übergeben. Die erste Sorge des Uebernehmers war, für sich und seine Leute, speziell für die Ausführung der Arbeit, eine Unfallversicherung abzuschließen, jedoch wollte keine Gesellschaft das Risiko übernehmen und mußte Herr Weber solches selbst tragen. Vor Inangriffnahme der Entladung der Gewehre fiel eins derselben von einem Stapel herunter und entlud sich von selbst; dabei wurde der Büchsenmacher Michels so schwer verletzt, daß er noch heute in Lebensgefahr schwebt. Innerhalb zwölf Tagen wurden dann von 18 Personen 3500 Gewehre entladen und eine größere Anzahl revidirt, wobei kein Unfall sich ereignete. Vor einigen Tagen wurde im Auftrage des Fabrikanten in Lüttich, angeblich wegen zu hoher Preisberechnung, Herrn Weber die Arbeit entzogen und dieselbe mehreren Schlossern übertragen. Schon am darauf folgenden Tage ereignete sich abermals beim Entladen eines Gewehres ein Unglücksfall, bei welchem ein Mann erheblich verletzt wurde. Man befürchtet, daß, da die Entladung der Waffen noch lange nicht beendet, die Reihe der Unfälle noch nicht ihren Abschluß erreicht hat. — Nach einer soeben von der Direktion des Bureaus „Veritas" veröffentlichten Statistik sind im Oktober, so weit es sich hat ermitteln lassen, 120 Schiffe mit 53 360 Registertons verloren gegangen. Unter diesen befinden sich 10 deutsche Fahrzeuge mit 2250 Registertons.

Börsen-Beri hte.

Stettin, 6. Dezember.

Wetter: Schön. **Temperatur** + 1 **Grad Reaumur.** Nachts leichter Frost. **Barometer** 771 Millimeter. — **Wind:** SW.

Weizen geschäftslos, per 1000 Kilogramm loko 136,00—139,00, per Dezember 140,00 B., 139,50 G., per April-Mai 146,00 B.

Roggen still, per 1000 Kilogramm loko 120,00—124,00 bez., per Dezember 123,75 B., 123,50 G., per Dezember-Januar —,—, per April-Mai 127,00 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm loko 138,00 bis 160,00.

Hafer per 1000 Kilogramm 147,00 bis 154,00.

Rüböl ohne Handel.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus etwas matter, per 100 Liter ohne Faß à 100 Prozent 70er loko 30,7 bez., per Dezember 70er 30,0 nom., per April-Mai 70er 32,0 B. u. G., per Mai-Juni 70er 32,3 B. u. G.

Regulirungspreise: Weizen 139,75, Roggen 123,50, 70er Spiritus 30,0.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 136—140. **Roggen** 122—125. **Gerste** 135—140. **Hafer** 150—158. **Rübsen** —,—. **Heu** 3,00—4,00. **Stroh** 32—34, **Kartoffeln** 33—36.

Berlin, 6. Dezember.

Weizen per Dezember 143,00 bis 142,75 Mark, per Mai 150,25 Mark, per Juni 1894 —,— Mark.

Roggen per Dezember 125,75 bis 126,00 Mark, per Mai 1894 129,75 Mark, per Juni —,— Mark.

Spiritus loko 70er 32,00 Mark, per Dezember 70er 31,80 Mark, per April 70er 37,20 Mark, per Mai 1894 70er 37,40 Mark.

Hafer per Dezember 153,75 per Mai 1894 142,00 Mark.

Mais per Dezember 113,75 Mark, per Mai 1894 109,50 Mark.

Rüböl per Dezember 46,50 Mark, per April-Mai 47,40 Mark.

Petroleum per Dezember 19,60 Mark.

Berlin, 6. Dezember. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	106,60	Amsterdam kurz	—,—
do. do 3½%	100,00	Paris kurz	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	85,30	Belgien kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	97,10	Berliner Dampfmühlen	137,75
Italienische Rente	80,20	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	76,00
do. 3% Eisenb.-Oblig.	51,10	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	195,00
Ungar. Goldrente	94,70	„Union", Fabrik chem. Produkte	124,00
Rumän. 1881er amort. Rente	95,00	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	102,60
Serbische 5% Tab.-Rente	69,80	Anatol. 5% gar. Esb Pr.-Obl.	54 80
Griechische 4% Goldrente	31 40	**Ultimo-Kourse:**	
Russ. Boden-Credit 4½%	103,10	Disconto-Commandit	1[illegible]2,00
do. do von 1880	99 20	Berliner Handels-Gesellsch.	128,90
Mexika. 6% Goldrente	66,90	Oesterr. Credit	206,90
Oesterr. Banknoten	162,30	Dynamite Trust	125 80
Russ. Banknoten Cassa	215,20	Bochumer Gußstahlfabrik	116,10
do. do Ultimo	215,25	Laurahütte	107,20
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	105,25	Harpener	131,25
do. (110) 4%	102 10	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	110,25
do. (100) 4%	101,25	Dortm. Union St.-Pr. 6%	5[illegible],60
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	102,50	Ostpreuß. Südbahn	70 00
Stett. Vulc.-Act. Litt. B.	108,00	Marienburg-Mlawka-bahn	70,50
Stett. Vulc.-Prioritäten	128,00	Mainzerbahn	109,10
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg St.-Pr.-Akt. à 1000 M.	128,00	Norddeutscher Lloyd	115 60
do. 6% Prioritäten	128,00	Lombarden	43,10
Petersburg kurz	213,00	Franzosen	—,—
London kurz	—,—		
London lang	—,—		

Tendenz: fest.

Hamburg, 5. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. **Kaffee.** (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 81,00, per März 79,75, per Mai 78,00, per September 75,75. — Behauptet.

Hamburg, 5. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. **Zuckermarkt.** (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Dezember 12,65, per März 12,92½, per Mai 13,10, per September 12,87½. Behauptet.

Bremen, 5. Dezember. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes **Petroleum.** (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Sehr fest. Loko 4,95 B. — **Baumwolle** ruhig.

Amsterdam, 5. Dezember, Nachmittags **Getreidemarkt.** **Weizen** per Dezember —,—, per März 156,00, per Mai 158,00. — **Roggen** per Dezember —,—, per März 111,00, per Mai 111,00. — **Rüböl** per Dezember —,—, per Mai —,—.

Amsterdam, 5. Dezember. **Java-Kaffee** good ordinary 52,50.

Amsterdam, 5. Dezember. **Bancazinn** 48,50.

Paris, 5. Dezember, Nachm. **Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) **Weizen** behauptet, per Dezember 20,60, per Januar 20,70, per Januar-April 21,10, per März-Juni 21,40. — **Roggen** beh., per Dezember 14,60, per März-Juni 14,80. — **Mehl** beh., per Dezember 43,90, per Januar 44,10, per Januar-April 44,60, per März-Juni 44,90. — **Rüböl** ruhig, per Dezember 53,50, per Januar 53,50, per Januar-April 53,50, per März-Juni 53,75. — **Spiritus** ruhig, per Dezember 35,25, per Januar 35,75, Januar-April 36,25, per Mai-August 37,25. — **Wetter:** Bedeckt.

Paris, 5. Dezember, Nachmittags. **Rohzucker** (Schlußbericht) beh., 88% loko 35,00 bis —,—. **Weißer Zucker** beh., Nr. 3 per 100 Kilogramm per Dezember 36,87½, per Januar 36,87½, per Januar-April 37,00, per März-Juni 37,25.

London, 5. Dezember. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Leichter Nebel.

London, 5. Dezember. 96prozent. **Javazucker** loko 15,50, ruhig. — **Rübenrohzucker** loko 12,50, ruhig. — **Centrifugal Cuba** —,—.

London, 5. Dezember. **Chili-Kupfer** 43,75, per drei Monat 44 5/16.

Glasgow, 5. Dezember, Nachmittags. **Roheisen.** (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 43 Sh. 10½ d. Fest.

Newyork, 5. Dezember. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 61 000, do. nach Frankreich 3000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 39 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 53 000 do., nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Wasserstand.

Stettin, 6. Dezember. Im Revier 18 Fuß 9 Zoll = 5,87 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 6. Dezember. Das „Amtsblatt" publizirt die kaiserliche Bestätigung der Wahl des Dr. Prix zum Bürgermeister von Wien.

Zwischen Przemysl und Krakau finden im Januar militärische Uebungen des ersten, zehnten und elften Armeekorps statt.

Paris, 6. Dezember. Abgeordneter Mitchel wird demnächst einen Gesetzentwurf einbringen, in welchem die Funktionen eines Senators oder Abgeordneten als unverträglich mit derjenigen eines Ministers bezeichnet werden.

Paris, 6. Dezember. Gestern fand im Porte St. Martin-Theater die erste Aufführung des Nationalstückes „Napoleon" unter kolossalem Beifall statt. Im Verlaufe des Stückes wird Napoleons I. intimes Leben dargestellt. Besonders akklamirt wurden die Tableaux: die Belagerung von Saragossa, die Ehescheidung und der Rückzug aus Rußland.

Paris, 6. Dezember. Aus Petersburg kommt die Meldung eines offiziellen Telegramms welches heute einen kaiserlichen Ukas veröffentlicht, betreffend den Ankauf von Eisenbahnen durch den Staat. Die Uebernahme soll am 1. Januar 1894 stattfinden. Der Finanzminister macht Vorschläge zur Regelung verschiedener Detailfragen und die Auszahlung an die Aktionäre betreffend.

Paris, 6. Dezember. In den Wandelgängen der Kammer wird die kleine Mehrheit (mit 251 Stimmen gegen 213, welche auf Brisson fielen) mit welcher Dupuy zum Kammerpräsidenten gewählt wurde, als ein schlechtes Zeichen für die Zukunft des Ministeriums gedeutet, da die Regierung auf keine feste Mehrheit rechnen könne. Die Zeitungen bedauern, daß das parlamentarische System an Stärke und Würde verloren habe.

Rom, 6. Dezember. Gerüchtweise verlautet, daß die auswärtigen Korrespondenten des Credito Mobiliare die von demselben ausgegebenen Checks, für welche Geldsendungen erfolgen, auszuzahlen haben.

Madrid, 6. Dezember. Der Kommandant Canizores ist mit einer geheimen Mission von der spanischen Regierung nach Tanger delegirt worden, woselbst er eine Audienz mit dem Sultan nachsuchen wird.

London, 6. Dezember. „Daily Telegraf" dementirt die Nachricht, wonach die englische Regierung eine Anleihe über mehrere Millionen Pfund gemacht haben soll, um die Mittel zur Verstärkung der Flotte zu erlangen.

London, 6. Dezember. Der englische Gesandte in Brüssel, Plunkett, wird nach Rom oder Petersburg versetzt werden.

Petersburg, 6. Dezember. Laut Verordnung des Zaren wurde die Ausweisung der Juden aus einzelnen Gouvernements bis zum 1. Juni 1895 verschoben. Die betreffenden Generalgouverneure werden gleichzeitig ermächtigt, in besonderen der Berücksichtigung werthen Fällen oder bei Personen, welche das 70. Lebensjahr überschritten, den Termin noch weiter hinauszuschieben.

Die hiesigen Zeitungen bezeichnen das jüngste englisch-afghanische Abkommen als ein Ereigniß, welchem Rußland die größte Aufmerksamkeit zuwenden müsse. Der „Garaschdanin" meint, dieses Abkommen verleihe den Zuständen im fernen russischen Osten einen drohenden Charakter. Rußland werde angesichts dessen seine Unthätigkeit aufgeben müssen.

Belgrad, 6. Dezember. Vergangene Nacht unterzeichnete der König die von Gruic vorgelegte Ministerliste. Nach derselben übernimmt Gruic das Präsidium, das Ministerium des Aeußeren und des Krieges.

Sofia, 6. Dezember. Gerüchtweise verlautet, daß der bei dem ehemaligen russischen Offizier Iwanow gefundene Dolch, welchen er eingestandenermaßen zur beabsichtigten Ermordung des Fürsten Ferdinand verwenden wollte, vergiftet sei. Das Attentat sollte in dem Moment ausgeführt werden, als der Sarg des Grafen Hartenau aus dem Eisenbahnwaggon herausgehoben werden sollte.